



Ausbildung in Zeiten der Digitalisierung aktiv gestalten

Berufsbildungspolitische Tagung der IG BAU

Würzburg, 04.11.2017

Wie geht es weiter mit der Berufsausbildung in Zeiten der Digitalisierung? Diese Frage stand im Mittelpunkt der diesjährigen Berufsbildungspolitischen Tagung der IG BAU vom 3. bis 4. November 2017 in Würzburg. „Die Arbeit 4.0 entwickelt eine immense Bedeutung für die Ausbildung in Berufsschulen. Grundlage der dort vermittelten Lerninhalte sind die Ausbildungsordnungen und die müssen den kommenden Anforderungen gewachsen sein“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers.

„Wir haben aus den Erfahrungen mit dem technischen Wandel in den 1980er Jahren gelernt. Damals kamen die PCs auf. Viel zu lange wollten Gewerkschaften diesen Prozess aufhalten und haben am Ende gesehen: Das geht nicht. Wir müssen deshalb die Chancen, die die Digitalisierung für die Beschäftigten auch bietet, nutzen und den Umformungsprozess aktiv mitgestalten.“

Eine oft behauptete These in der Diskussion um die Digitalisierung ist, dass Arbeit für Menschen künftig in großem Umfang wegfällt. Diesem Pessimismus widersprach Enzo Weber, Professor am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Gleichzeitig warnte der Experte aber davor, die Veränderungen zu unterschätzen. „Es ist keine harmlose Entwicklung“, sagte Weber.

„Eine steigende Arbeitsproduktivität heißt, dass Jobs ersetzt werden. Aber in der Gesamtwirkung werden an anderer Stelle neue Jobs entstehen“, fasste er seine Forschungsergebnisse zusammen. Auffällig sei im Vergleich zum letzten großen Innovationszyklus, dass nicht mehr nur einfache Tätigkeiten von Maschinen ersetzt werden. Vielmehr seien mit der Digitalisierung alle Routinearbeiten gut ersetzbar. Das heißt, die Veränderung erreicht diesmal auch ausgebildete Fachkräfte und damit die gesellschaftliche Mitte.

Für die Ausbildungsberufe folgt daraus: Sie müssen flexibler werden. Professor Friedrich Hubert Esser, Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), stellte fest: „Entscheidend ist, dass wir die Bildung der Menschen so flexibel weiter entwickeln, dass sie in der Lage sind, die jeweiligen Veränderungen nachzuvollziehen.“

Voraussetzung dafür sind moderne Berufsbilder. Sie müssen nach Meinung des BIBB-Präsidenten „zukunfts offen“ gefasst sein. Es gehe nicht darum, alles zu ändern, aber es bedarf einer Formulierung, die Bandbreiten eröffnet. Ziel müsse es sein, nicht bei jeder Veränderung das Berufsbild neu ausgestalten zu müssen.

Lokalkompass

Tarifkompromiss im GaLaBau: Arbeitskampf abgewendet

Frankfurt am Main, 04.11.2017

Die bundesweit rund 110 000 Beschäftigten im Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau (GaLaBau) erhalten ab diesem Monat mehr Geld. Am Freitag einigten sich die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und der Arbeitgeberverband Bundesverband des Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau nach schwierigen Verhandlungen auf ein endgültiges Ergebnis.

„Es war kein leichter Weg, dieses Ergebnis zu erreichen. Wir haben jetzt aber einen Kompromiss gefunden, mit dem alle Beteiligten leben können“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende und Verhandlungsführer Dietmar Schäfers. „Wichtig ist insbesondere die Signalwirkung für die Branche. Nicht zuletzt wird der GaLaBau mit dem Abschluss deutlich attraktiver. Im Wettlauf um die besten Köpfe war dieser Schritt überfällig. Deshalb ist es auch gut, dass wir gemeinsam vereinbart haben, eine Sozialpartnervereinbarung für die ‚Zukunft der Branche‘ zu erarbeiten.“

Das Ergebnis sieht insgesamt ein Plus von 5,4 Prozent in zwei Schritten vor. Mit der Novemberabrechnung erhalten die Beschäftigten drei Prozent mehr. Ab Oktober 2018 kommen nochmals 2,4 Prozent oben drauf. Für den Oktober 2017 wird rückwirkend eine Einmalzahlung von 50 Euro fällig. Die unterste Lohngruppe (einfache Tätigkeiten) wurde überproportional angehoben. Ihr Stundenlohn steigt im ersten Schritt von 9,65 Euro auf glatt 10,00 Euro und im zweiten Jahr auf 10,20 Euro.

Insbesondere Auszubildende unter 18 Jahren machen einen Sprung von 90 Euro im Monat, da die Altersunterscheidung wegfällt. Sie werden nunmehr wie alle anderen Auszubildenden vergütet. Das heißt ab November 2017 im ersten Jahr monatlich 800 Euro, im zweiten Jahr 900 Euro und im dritten Ausbildungsjahr 1000 Euro. Ab dem Ausbildungsjahr 2018 beträgt das Plus für den Nachwuchs je Ausbildungsjahr 25 Euro

Lokalkompass



Pressespiegel

Ausgabe: 13.11.2017



Wir erwarten Lösungen für soziale Probleme

Jamaika-Sondierungen

Frankfurt am Main, 10.11.2017

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) beurteilt die Zwischenbilanz der Jamaika-Sondierungen skeptisch. „Für Arbeitnehmer haben die bisherigen Gespräche noch keinen Grund zur Euphorie geliefert. Was sozialpolitische Themen betrifft, ist das bisherige Ergebnis mehr als ausbaufähig. Für die gewaltigen sozialen und gesellschaftspolitischen Probleme fehlen konkrete Lösungsansätze“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger.

„Beschäftigte wissen, ein Job-Boom ist allein noch keine Garantie für faire Arbeit. Sie wollen ein Bekenntnis der Jamaika-Sondierer zu gesetzlichen und zu tariflichen Mindestlöhnen. Viele treibt die Frage um, ob Minijob- und Niedriglohnsektor weiter ausgebaut werden und ob sie jemals eine Chance haben, aus Leiharbeit oder Kettenbefristungen in ein ordentliches Arbeitsverhältnis zu wechseln. Sie machen sich Sorgen über eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes und wie sie Familie und Beruf unter einen Hut bekommen sollen.“

Einen weiteren Schwerpunkt sieht die IG BAU in der drohenden Wohnungsnot. Mieten zehren in vielen Regionen die Einkommen auf. Nicht allein in Metropolen fehlen bezahlbare Wohnungen, sondern längst auch Vielerorts auf dem Land.

„Der Mangel an Wohnraum belastet nicht nur die Menschen, er wird zunehmend zu einem Problem für Betriebe. Wo die Mieten so hoch sind, dass das Einkommen dafür nicht mehr reicht, finden Unternehmen keinen Nachwuchs“, sagte Feiger. „Mit einer Wohngelderhöhung wird kein dringend benötigter Wohnraum geschaffen. Der Staat muss Anreize schaffen, damit deutlich mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht. Das wäre möglich, indem die steuerliche Abschreibung (AfA) dem realen Verschleiß angepasst und auf drei Prozent erhöht wird. Wo der Druck besonders hoch ist, helfen befristete Investitionszulagen oder Sonderabschreibungen, die mit einer Deckelung der Mieten kombiniert werden.“

Lokalkompass